



INNOVATION
WACHSTUM
ZUKUNFT

Wirtschaftsgespräche der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

JA zu TTIP!

Chancen nutzen, Interessen wahren, Zukunft gestalten

Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag zum Fraktionskongress
am 21. September 2015

Die geplante Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) bietet für die Europäische Union und insbesondere Deutschland eine einzigartige Chance. Wir Europäer profitieren bereits heute in hohem Maße von international frei handelbaren Gütern und Dienstleistungen sowie grenzüberschreitenden Investitionen. Die EU ist weltweit größter Exporteur und Importeur von Waren und Dienstleistungen sowie einer der wichtigsten Investoren und Empfänger von Investitionen.

Als größte Volkswirtschaft Europas und drittgrößter Exporteur weltweit hat Deutschland in besonderem Maße Anteil an dieser Entwicklung. Die deutschen Ausfuhren an Waren und Dienstleistungen betragen im Jahr 2014 rund 1.133 Milliarden Euro, die Einfuhren knapp 916 Milliarden Euro. Jeder vierte Arbeitsplatz hängt in Deutschland unmittelbar vom Export ab. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist der Export von herausgehobener Bedeutung. Rund 58 Prozent von ihnen sind im Exportgeschäft tätig.

Der freie weltweite Handel mit Waren und Dienstleistungen ist für Europa und Deutschland somit nicht nur wünschenswert. Er ist vielmehr die Grundlage unserer wirtschaftlichen Prosperität und für den Erhalt von Lebensqualität und hohen Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutz-standards in der EU.

Die USA sind unser wichtigster Handelspartner außerhalb Europas. Mit dem Abschluss der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft soll die bestehende enge Kooperation vertieft und weiterentwickelt werden. Durch TTIP entsteht der weltweit größte gemeinsame Wirtschaftsraum mit 800 Mio. Menschen, in dem fast 50 Prozent des weltweiten BIP erwirtschaftet und ein Drittel des weltweiten Handels generiert werden. Eine enge transatlantische Partnerschaft ist zudem nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch unter außen- und sicherheitspolitischen Aspekten von herausgehobener Bedeutung und dient darüber hinaus der Vertiefung der bestehenden Wertegemeinschaft.

Durch die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft sind signifikante Wohlstandsgewinne auf beiden Seiten des Atlantiks zu erwarten. Zwar ist eine genaue Quantifizierung nur schwer möglich und wie alle Prognosen mit Unsicherheiten behaftet. Jedoch zeigen in der Vergangenheit abgeschlossene Freihandelsabkommen, wie zuletzt zwischen der EU und Südkorea, dass die Intensivierung des Freihandels zu mehr Wohlstand für alle Beteiligten führt.

Uns ist bewusst, dass in der deutschen Öffentlichkeit auch Befürchtungen mit den laufenden Verhandlungen zu TTIP verbunden werden. Diese Sorgen der Menschen nehmen wir sehr ernst und suchen hierüber das vertrauensbildende Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Zivilgesellschaft. Andererseits treten wir den mitunter grotesken und letztlich haltlosen Parolen, mit denen gezielt Befürchtungen oder Ängste geschürt werden, in aller Sachlichkeit und mit Entschiedenheit entgegen. Wir werden sicherstellen, dass TTIP europäische und deutsche Interessen fördert und zugleich bewährte europäische und nationale

Standards etwa in den Bereichen Arbeitnehmerrechte und -schutz, soziale Sicherheit, Umwelt- und Gesundheitsschutz, Lebensmittelsicherheit, Verbraucherschutz, IT-Sicherheit, Kulturförderung, Meinungs- und Medienvielfalt, öffentliche Dienstleistungen, Bildung oder Daseinsvorsorge Bestand haben. Dies ist auch im Verhandlungsmandat der EU-Kommission klar dargestellt. Ebenso sind mögliche Auswirkungen auf Entwicklungsländer in den Verhandlungen zu berücksichtigen.

Entgegen den teilweise geäußerten Befürchtungen bietet TTIP gerade die große Chance für Europa und die USA, unseren hohen westlichen Standards in Bereichen wie dem Umwelt-, Verbraucher- oder Arbeitnehmerschutz weltweit besser Geltung zu verschaffen. TTIP wird Vorbildcharakter für andere internationale Abkommen entwickeln. Angesichts des Aufstiegs neuer Wirtschafts- und Gestaltungsmächte wie China oder Indien entscheidet sich auch am Erfolg von TTIP die Frage, ob die westlichen Demokratien im 21. Jahrhundert in der Lage sind, ihre Standards global durchzusetzen, oder ob diese Standards in Zukunft von anderen gesetzt werden. In diesem Zusammenhang ist das 2014 verhandelte Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada (CETA) zu begrüßen, das einen Beitrag zur Gestaltung der Globalisierung entlang unserer hohen Sozial- und Umweltstandards leistet.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich ein für

- einen zügigen Fortgang und möglichst zeitnahen Abschluss der Verhandlungen zum Abkommen über eine Transatlantische Handels- und Investitionsschutzpartnerschaft,
- ein ambitioniertes, umfassendes, modernes Abkommen, das Handels- und Investitionshemmnisse abbaut, ohne Arbeits-, Umwelt- oder Verbraucherschutzstandards zu beeinträchtigen,
- den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse gerade auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), um ihnen den Zugang zum amerikanischen Markt weiter zu erleichtern. Denn im Gegensatz zu Großunternehmen können sich KMU den bürokratischen Aufwand und die Kosten, die durch unterschiedliche Standards entstehen, häufig nicht leisten,
- einen verbesserten Marktzugang bei öffentlichen Beschaffungsaufträgen auf Bundes- sowie auf Staatenebene in den USA,
- einen verbesserten Marktzugang bei öffentlichen Beschaffungsaufträgen auf Bundes- sowie auf Staatenebene in den USA,

- die Festschreibung des Rechts der EU und ihrer Mitgliedstaaten, im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten die Maßnahmen zu ergreifen und durchzusetzen, die erforderlich sind, um Gemeinwohlziele wie soziale, umwelt-, bildungs-, kultur-, medien- und sicherheitspolitische Ziele, das Ziel der Stabilität des Finanzsystems sowie das Ziel der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit, diskriminierungsfrei zu verfolgen,
- die klarere Regelung und die Modernisierung des Investorenschutzes und der Investor-Staats-Streitbeilegungsverfahren (ISDS) auf der Basis des reformierten Ansatzes von CETA. Dabei muss es das Ziel sein, die Transparenz unter Abwägung der Interessen der streitenden Parteien zu erhöhen, Rechtsmittel zu schaffen, die Richterwahl gesetzlich zu regeln sowie durch Schaffung einer Prozesskostenfinanzierung KMU den Zugang zu diesen Instrumenten zu erleichtern,
- eine verbesserte regulatorische Kooperation durch einen institutionalisierten Informationsaustausch bei Beibehaltung der jeweiligen Regelungskompetenzen auf beiden Seiten des Atlantiks. Die jederzeitige uneingeschränkte Möglichkeit für Parlamente, regulierende Gesetze zu erlassen, darf nicht angetastet werden,
- den Verzicht auf jegliche Regelungen, welche die Möglichkeiten zur Festsetzung von Standards im Bereich der Lebensmittelsicherheit in Europa oder den USA einschränken. Das hohe Schutzniveau im Lebensmittel- und Verbraucherbereich sowie das europäische Vorsorgeprinzip und das Verbraucherschutzniveau sind uneingeschränkt beizubehalten. Insbesondere stehen die deutschen Standards bei der Zulassung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von gentechnisch veränderten Lebensmitteln nicht zur Disposition. Der Schutz geographischer Herkunftsbezeichnungen ist sicherzustellen,
- den Erhalt und den Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge. Das bestehende hohe Schutzniveau für bestimmte Dienstleistungen auf lokaler Ebene (z.B. Wasserversorgung) steht nicht zur Disposition,
- den Erhalt der Möglichkeiten von Kommunen selbst zu entscheiden, welche Dienstleistungen besser von öffentlicher Seite und welche besser von privaten Unternehmen bereit gestellt werden sollen. Ebenso wie es den Kommunen freisteht, sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben Dritter zu bedienen, muss auch eine Rückführung privatisierter Wirtschaftszweige in die öffentliche Hand grundsätzlich weiter möglich sein,
- den Schutz aller öffentlichen und aller staatlich unterstützten Bildungseinrichtungen sicherzustellen,
- eine Verpflichtung der Vertragsparteien, die ILO-Kernarbeitsnormen bzw. die ihnen zugrunde liegenden Prinzipien zu respektieren, zu fördern und wirksam umzusetzen,

- den Erhalt und Schutz der kulturellen und medialen Vielfalt in Europa im Sinne der von Deutschland und den EU-Mitgliedstaaten ratifizierten UNESCO-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. Die Möglichkeiten der staatlichen Kulturförderung und die Buchpreisbindung sind uneingeschränkt zu erhalten. Angesichts der Konvergenz der Medien und der Digitalisierung kultureller Erzeugnisse müssen die Regelungen in TTIP in besonderem Maße zukunftsfest ausgestaltet sein und Regulierung mit Blick auf künftige technologische Entwicklungen ermöglichen,
- die Möglichkeit zur diskriminierungsfreien Verfolgung nationaler sicherheitspolitischer Interessen im Bereich der Informationstechnologien sowie die Beibehaltung und Stärkung nationaler IT-Sicherheits-zertifizierungen und sonstiger IT-Sicherheitsstandards, insbesondere in den Bereichen öffentliche Beschaffung und kritische Infrastrukturen,
- die umfassende Einbindung der demokratisch legitimierten Institutionen, aber auch von Verbänden und Zivilgesellschaft (z.B. durch Informationen, Stellungnahmen, Anhörungen etc.), sowie die Gewährleistung größtmöglicher Transparenz der Verhandlungen,
- eine zügige Ratifizierung des Wirtschafts- und Handelsabkommens CETA mit Kanada, wobei wir davon ausgehen, dass es sich um ein gemischtes Abkommen handelt, das der Ratifizierung durch den europäischen sowie die nationalen Gesetzgeber bedarf.